
ÖFFENTLICH-
PRIVATE
PARTNERSCHAFTEN:

MANIFEST FÜR EINE
GLOBALE
KAMPAGNE

Gefahr durch öffentlich-private Partnerschaften – ein Weckruf

Wir, 152 nationale, regionale und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen aus 45 Ländern sind zunehmend alarmiert angesichts der zunehmenden Probleme mit öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) in der ganzen Welt.

Was sind öffentlich-private Partnerschaften?

Wesentliches Merkmal von öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPPs) sind die langfristigen Verträge, in denen staatliche Garantien dafür vergeben werden, dass der Privatsektor wichtige Infrastruktur baut und häufig betreibt, die traditionell zur staatlichen Daseinsvorsorge gehören. Dazu gehören Krankenhäuser, Schulen, Straßen, Bahnlinien, Wasser, sanitäre Anlagen und Energieversorgung. ÖPPs werden von vielen G20-Staaten und einigen Entwicklungsbanken, darunter auch von der Weltbank, mit der Behauptung gefördert, sie seien die Lösung für die unzureichenden finanziellen Mittel zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs, engl. für Sustainable Development Goals). In einigen Ländern, darunter Großbritannien, Portugal und Ungarn, wurde bereits seit den späten 1990er Jahren in großem Umfang – vom Bereich der Gesundheitsversorgung über Bildung bis zum Transport – auf ÖPPs gesetzt. Die Folgen sind besorgniserregend. Bisher weniger üblich waren ÖPPs in den Ländern des Globalen Südens. Das ändert sich aktuell mit hoher Geschwindigkeit: viele Länder in Südamerika, Asien und Afrika verabschieden nun die erforderlichen Gesetze und starten ÖPP-Projekte. Die Erfahrungen mit ÖPPs sind überwiegend negativ, nur sehr wenige haben dem öffentlichen Interesse gedient. Mit ÖPPs gehen die folgenden Probleme einher: ÖPPs bedrohen die öffentlichen Haushalte, denn sie sind teuer und hochriskant. ÖPPs sind in den meisten Fällen die teuerste Finanzierungsvariante. Sie kosten die öffentliche Hand – und damit Bürger und Bürgerinnen – langfristig wesentlich mehr, als wenn diese Projekte direkt durch eine staatliche Kreditaufnahme finanziert worden wären. Regierungen haben trotzdem einen Anreiz ÖPPs zu verwenden, weil sich so öffentliche Schulden in Schattenhaushalten verstecken lassen: Die Gesamtkosten von ÖPPs sind nicht aus dem öffentlichen Haushalt ablesbar; in der Statistik zur staatlichen Verschuldung werden sie nicht mitgezählt. Dadurch entsteht die Illusion von „frischem Kapital“. Jedoch sind ÖPPs, anders als häufig proklamiert, riskanter für die öffentliche Hand als für die involvierten privaten Unternehmen: Wenn ein Projekt scheitert, muss in vielen Fällen die öffentliche Hand einspringen und die Kosten übernehmen.

Einige Beispiele verdeutlichen den Schaden, den ÖPPs für die öffentlichen Haushalte anrichten können:

- In Lesotho im südlichen Afrika wurde ein öffentliches Krankenhaus durch ein ÖPP-Krankenhaus ersetzt. Das neue ÖPP-Krankenhaus erzeugt nun die dreifachen Kosten und verschlingt damit die Hälfte des öffentlichen Gesundheitshaushalts.

- In Großbritannien investierte der Privatsektor 1,149 Milliarden Pfund in das St. Bartholomäus Krankenhaus – ein ÖPP-Projekt. Von 2007 bis 2048 muss die öffentliche Hand das 6-fache der Investitionssumme bezahlen, nämlich 7,194 Milliarden Pfund. Folge der hohen ÖPP-Kosten sind Einsparungen und Qualitätsverluste in der Versorgung durch das lokale Gesundheitswesen insgesamt.

- In Liberia kostet der ÖPP-Vertrag mit Bridge International Academies, einer von der Weltbank unterstützten kommerziellen Schulkette, 13 bis 21 Mal mehr als staatliche Schulen, und Schüler wurden massenweise aus ihren ursprünglichen Schulen vertrieben.

Eine Gefahr für Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit: ÖPPs sind in der Regel nicht in der Lage, die Kluft zwischen den Geschlechtern oder die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden

ÖPPs laufen Gefahr, Ungleichheit zu fördern, indem sie denjenigen zugutekommen, die bereits wohlhabend sind – das sind Vermögensbesitzer, die in ÖPP-Projekte investieren und davon profitieren - während sie gleichzeitig Vermögen von den bereits Armen und Schwachen, einschließlich der Frauen, abziehen. Je mehr Regierungen an private Firmen bezahlen, desto weniger können sie für essenzielle und auf Gleichstellung ausgelegte soziale Dienstleistungen wie universelle Sozialsicherungssysteme ausgeben, die für die Verwirklichung der Rechte von Frauen unerlässlich sind. Darüber hinaus führen ÖPP-finanzierte Dienstleistungen häufig zu neuen oder erhöhten Gebühren für die Nutzer. Beispielsweise:

- Die hohen Kosten von ÖPP im Stromsektor von Tansania wurden an die Verbraucher weitergegeben, was die Energiepreise in nur einem Jahr um 40 Prozent erhöhte;

- Die in Karnataka im Südwesten Indiens aufgelegte ÖPP für die tertiäre Gesundheitsversorgung hatte erhebliche Mängel bei Verwaltung und Management, der Zugang zu Dienstleistungen für Patienten unterhalb der Armutsgrenze ging rasch zurück.

Eine Gefahr für die Demokratie: ÖPPs erhöhen das Korruptionsrisiko und verringern die Fähigkeit der Regierungen, im öffentlichen Interesse zu steuern

ÖPP-Verträge sind äußerst komplex. Die Verhandlungen unterliegen dem Geschäftsgeheimnis, so dass es für die Zivilgesellschaft und die Parlamentarier schwierig ist, sie zu hinterfragen. Dieser Mangel an Transparenz erhöht das Korruptionsrisiko erheblich und untergräbt die demokratische Rechenschaftspflicht. Beispielsweise:

- In Australien stellte eine unabhängige Kommission gegen Korruption fest, dass Politiker eine Entscheidung über eine Wasser-ÖPP unrechtmäßig beeinflussten, infolge dessen \$ 60 Mio. Australische Dollar staatliches Geld an einen Minister, seine Familie und Mitarbeiter abgeführt wurden;

- Das brasilianische Bauunternehmen Odebrecht zahlte Regierungsbeamten in einem Dutzend lateinamerikanischer Länder Bestechungsgelder. Die Kosten für eine einzige ÖPP-Straße zwischen Brasilien und Peru stiegen von US \$ 800 Mio. auf US \$ 2,3 Mrd. infolge durch Korruption ausgelöste Neuverhandlungsprozesse.

Darüber hinaus untergraben ÖPP-Verträge oft das Recht und die Verpflichtung des Staates, im öffentlichen Interesse sinnvolle Reformen durchzuführen. ÖPP können die Fähigkeit der Regierungen einschränken, neue politische Maßnahmen zu ergreifen, beispielsweise höhere Umwelt- oder Sozialstandards, die sich auf bestimmte Projekte auswirken könnten. Darüber hinaus bedrohen ÖPP die nationale Demokratie auch dadurch, dass ÖPP-Verträge tendenziell eher undurchsichtige und nicht rechenschaftspflichtige internationale Schiedsgerichte bevorzugen als lokale oder nationale Gerichte, ohne die Nachteile dieser ISDS-Systeme (Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren) zu berücksichtigen. Werden die Weltbank-Richtlinien für ÖPP-Verträge befolgt, kann der Staat sogar für Kosten durch Streiks von Arbeitnehmern haftbar gemacht werden:

- In Manila verweigerte die Regulierungsbehörde eine weitere Preiserhöhung, nachdem der private Wasserversorger Manila Water Company (MWC) die Wasserpreise um 845% erhöhte. MWC begann ein Schiedsverfahren gegen den Regulierer bei der Internationalen Handelskammer. Das Schiedsgericht wies die Preiserhöhung von MWC zurück. MWC versucht nun 1,79 Mrd. US Dollar als Kompensation für entgangene Gewinne von der Regierung zu bekommen. Trotz alledem hat die Weltbank das Projekt als Erfolg beworben.

Die Gefahr für fundamentale Rechte: PPPs können letztendlich soziale, ökologische und Menschenrechte verletzen

PPPs sind derzeit ein beliebter Weg ‚Mega-Infrastrukturprojekte‘ zu finanzieren. Aber Dämme, Autobahnen, große Plantagen, Pipelines und CO2-intensive Energieinfrastruktur können Ökosysteme ruinieren, Gemeinden verdrängen und Naturressourcen wie Seen und Flüsse zerstören. PPPs haben ebenso zu Zwangsumsiedlung, Repression und anderen Übergriffen gegen Protestierer, lokale Gemeinden und Indigene geführt.

- Zum Beispiel hat der Bujagali Damm, ein PPP Projekt im Umfang von 860 Mio US Dollar in Uganda, das von der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Europäischen Investitionsbank und der Weltbank gemeinsam finanziert wurde, den Victoriasee und die Lebensgrundlagen der Lokalbevölkerung schwer geschädigt.

Es gibt auch eine steigende Anzahl von PPPs mit schmutziger Energie, die Öl, Gas, Kohle und Müllverbrennungsanlagen umfassen. Sie alle tragen zum Klimawandel bei. Ebenso wird die Umwelt- und Sozialgesetzgebung mehr und mehr geschwächt um ein ‚wettbewerbsfähiges‘ Geschäftsumfeld für PPPs zu schaffen.

Was fordern wir?

Wir drängen die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und die anderen öffentlichen Entwicklungsbanken, zusammen mit den Regierungen der reichen Länder, zu folgendem:

- Stopp der aggressiven Bewerbung und Schaffung von Anreizen für PPPs bei der Finanzierung von sozialer und ökonomischer Infrastruktur, sowie die öffentliche Anerkennung der finanziellen und anderen signifikanten Risiken, die PPPs innewohnen.
- Unterstützung ihrer Mitgliedsstaaten beim Finden der besten Finanzierungsmethode für öffentliche Dienstleistungen in der Infrastruktur, die verantwortungsvoll, transparent, ökologisch und finanziell nachhaltig, sowie im Einklang mit ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen sind.
- Der Verwendung einheimischer Finanzmittel Priorität einräumen, um effiziente öffentliche Dienstleistungen in verantwortungsvoller Weise anzubieten, und diese Finanzmittel bei Bedarf mit langfristiger konzessioneller und nicht-konzessioneller Finanzierung aufzustocken.
- Gewährleisten, dass hohe Transparenzstandards angewendet werden, speziell im Hinblick auf die Verwendung öffentlicher Mittel, der Offenlegung von ÖPP-Verträgen und der Messung sozialer und ökonomischer Wirkungen von Infrastrukturprojekten.

Als breites Bündnis rufen wir alle auf, die sich für Gerechtigkeit, Gleichheit, Nachhaltigkeit und Menschenrechte einsetzen, sich dem PPP-Boom entgegen zu setzen und stattdessen auf qualitativ hochwertige, öffentlich finanzierte, demokratisch kontrollierte und verantwortungsvolle öffentliche Dienstleistungen zu drängen. Das Wohlergehen unserer Gemeinden und Gesellschaften hängt davon ab.

1. 11.11.11
2. ActionAid International
3. Africa Network for Environment and Economic Justice
4. African Forum and Network on Debt and Development (AFRODAD)
5. African Law Foundation
6. Alliance Against Conflict of Interest
7. Ambiente y Sociedad Colombia
8. APIT Portugal (Tax and Customs Inspectors Trade Union)
9. Arab NGO Network for Development (ANND)
10. Asian Peoples Movement on Debt and Development
11. Asociación de Usuarios del Agua de Saltillo
12. Asociación Gremial Obreros empleados de Ceamse
13. Asociación Nacional de Industriales de Transformación A.C. (ANIT)
14. Asociación Sindical de Servidores Públicos del Ministerio de Defensa, Fuerzas Militares, Policía Nacional (ASODEFENSA)
15. Attac France
16. Baby Food Action Network
17. Bangladesh Women Welfare Workers Union
18. Bank Information Center
19. Berliner Wassertisch
20. Both ENDS
21. Brazilian network for peoples integration (REBRIP)
22. Breastfeeding Promotion Network of India
23. BRICS Policy Center
24. Centre for Human Rights and Climate Change Research
25. Centro de Iniciativas en Políticas Ambientales
26. Centro de los Derechos del Campesino
27. Centrale générale des Services publics – Administrations Locales et Régionales (CGSP ALR)
28. Centrale générale des Services publics – Administrations & Ministères (CGSP AMIO)
29. Citizens' Initiative for the non privatisation of Water in Greece
23. CNCD-11.11.11
31. Collectif des Associations Citoyennes (CAC)
32. Collectif des ONG pour la Sécurité Alimentaire et le Développement Rural
33. Community & Public Sector Union
34. Comisión Nacional Enlace
35. Comité Defensor del Patrimonio Histórico, Cultural y Ambiental de Puebla
36. Consejo Laboral Afrocolombiano (CLAF)
37. Coordinadora Civil
38. Corner House UK
39. Corporate Accountability International
40. Council for the Regulation of Freight Forwarding in Nigeria
41. Counter Balance
42. Debt and Development Coalition Ireland
43. Debt Justice Norway
44. Democratic Nursing Organisation of South Africa
45. Derecho Ambiente y Recursos Naturales (DAR)
46. Development Alternatives with Women for a New Era (DAWN)
47. Diálogo 2000 - Jubileo Sur Argentina
48. East African Centre for Human Rights (EACHRights)
49. Eau Secours 34
50. Ecoa – Ecology & Action
51. Education International
52. Environmental Association Za Zemiata - Friends of the Earth Bulgaria
53. EPSU European Federation of Public Service Unions
54. Erlassjahr.de (Jubilee Germany)
55. European Network on Debt and Development (Eurodad)
56. European Services Strategy Unit
57. European Water Movement
58. Federación de Asociaciones de Medicus Mundi en España
59. Federación de Empleados y Empleadas de los Servicios Públicos
60. Federation des syndicats du secteur public ISP/Mali
61. Fédération Nationale des Syndicats du Secteur Public du Mali FNSSP/MALI
62. Federação Nacional dos Trabalhadores do Judiciário nos Estados (FENAJUD)
63. Federation of Universities Senior Staff Associations of Ghana of Trades Union Congress
64. Federación Trabajadores Municipales Santa Fe
65. Focus Association for Sustainable Development
66. Fondazione Finanza Etica
67. Food & Water Europe
68. Food & Water Watch
69. Foro Social de Deuda Externa y Desarrollo de Honduras (FOSDEH)
70. Foundation Krila nade/Wings of Hope
71. Frente Cívica
72. Fundación Ambiente y Recursos Naturales (FARN)
73. Fundación Jubileo Bolivia
74. Fundación para el Desarrollo de Políticas Sustentables
75. Fundación SES
76. Gemeingut in BürgerInnenhand
77. Gender Action
78. Gender & Development Network
79. Global Initiative for Economic, Social and Cultural Rights
80. Global Peace and Development Organization
81. Global Policy Forum
82. Government Services Employees Association
83. Heinrich Boell Foundation-North America
84. Inclusive Development International
85. INFACIT Canada/IBFAN North America
86. Iniciativa para las Inversiones Sustentables China-América Latina
87. Institute of Church and Society
88. Instituto Brasileiro da Análises Sociais e Econômicas (IBASE)
89. Instituto Jajachupan
90. Instituto Justiça Fiscal
91. Internacional de Servicios Públicos (ISP)
92. International Code Documentation Centre
93. International Rivers
94. International Trade Union Confederation
95. IT for Change
96. Jamaa Resource Initiatives Kenya
97. Jubilee Debt Campaign
98. Jubilee Scotland
99. Kairos Europe
100. Kenya National Union of Nurses
101. KRUHA Indonesia (the People's Coalition for the Right to Water)
102. Latin American Network on Debt, Development and Rights (Latindadd)
103. Local Authorities Employees Union
104. Lumière Synergie pour le Développement
105. Médecine pour le Tiers Monde
106. Nagpur Municipal Corporation Employees Union
107. National Justice & Peace Network
108. National Public Service Workers (NPSW)
109. National Society of Conservationists - Friends of the Earth Hungary
110. National Workers' Union of Mali
111. NGO Forum on ADB
112. Norwegian Civil Service Union (NTL)
113. Observatorio de la Deuda en la Globalización
114. Otros Mundos / Chiapas
115. Oyu Tolgoi Watch
116. Public Service International
117. Public Services Labor Independent Confederation
118. Public Service Union (USE)
119. Public Services Workers Union of TUC
120. Red de Organizaciones de la Sociedad Civil de Managua
121. Red Mexicana de Acción frente al Libre Comercio (RMALC)
122. Red Nicaragüense de Comercio Comunitario
123. Right to Education Initiative
124. Rivers without Boundaries Mongolia
125. SANIPLAN
126. Sindicato de Funcionarios de la Essap
127. Sindicato Único de Trabajadores del Gobierno de la Ciudad de México
128. SINTRAEMCALI - Empresas Municipales de Cali
129. Sisters of Charity Federation
130. Society for International Development (SID)
131. Society of Catholic Medical Missionaries
132. State Public Services Federation Western Australia Branch
133. SÜDWIND e.V. - Institut für Ökonomie und Ökumene
134. Syndicat des Agents de l'électricité et du combustible (Synasec)
135. Syndicat de la fonction publique et parapublique du Québec
136. Syndicat National des Personnels Communaux de Cote d'Ivoire
137. The Bretton Woods Project
138. Third World Network (TWN) Africa
139. Transnational Institute
140. Transparência e Integridade, Associação Cívica
141. Turkish Medical Association
142. Tzuk Kim pop/Guatemala
143. Unión General de Trabajadores
144. Unión Internacional de Trabajadores de Organismos de Control (UITOC)
145. Umeed-e-Nao Citizen Community Board
146. Unión de Sindicalistas de Emcali (ASOSIEMCALI)
147. UNISON - the Public Service Union
148. urgewald
149. WEED – World Economy, Ecology & Development
150. Wemos Foundation
151. World Public Health Nutrition Association
152. Zambia United Local Authorities Workers Union
153. Zukunftskonvent

Mehr Informationen:
cgonnard@eurodad.org

Öffentlich-Private Partnerschaften: Manifest für eine globale Kampagne

Registrierungsformular für zivilgesellschaftliche Organisationen

Wenn Ihre Organisation dieses Manifest unterstützt, füllen Sie bitte dieses Formular aus.

1. Organisation

Name	
Land	
Anzahl der Mitglieder (wenn verfügbar)	

2. Kontaktperson

Name, Vorname	
Position	
Email	
Skype ID	
Telefonnummer	
Adresse	

Ich bestätige, dass meine Organisation das Manifest der Zivilgesellschaft zu öffentlichen-privaten Partnerschaften unterzeichnet.

Datum:

Unterschrift: